

## Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	25. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung (RA/2007/025)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 28.03.2007
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

## Anwesend:

### **Bürgermeister**

Büter, Felix

### **CDU**

Benölken, Franz  
Bohmert, Heinrich  
Egbringhoff, Rita  
Enning-Harmann, Rudolf  
Gerwing, Hermann Josef  
Große-Berg, Franz-Josef  
Lefert, Heinrich  
Levi, Birgit  
Mensing, Peter  
Mensing, Robert  
Nünning, Manfred  
Schmeing, Aloys  
Schnell, Bernhard  
Terstriep, Matthias  
Tübing, Ferdinand  
Vortkamp, Thomas  
Wantia, Beatrix  
Weuthen, Franz Josef  
Witte, Josef

### **SPD**

Böing, Josef  
Dönnebrink, Andreas  
Fischer, Mathilde  
Gerick, Alfons  
Lambers, Klaus  
Terlohr, Julius

ab TOP 3 öffentliche Sitzung (19.30 Uhr)

## **UWG**

Bruns-Schmeing, Annette  
Goerke, Jürgen  
Homann, Dieter  
Kersting, Hubert  
Lange-Röttger, Annette  
Schulte, Renate

## **WGW**

Frankemölle, Norbert  
Haveloh, Hermann Josef

## **Bündnis 90/Die Grünen**

Eisele, Dietmar  
Löhring, Marion

## **FDP**

Horst, Reinhard

## **Verwaltung**

Althoff, Hans-Georg  
Kühlkamp, Hermann  
Büscher, Hermann  
Rose, Norbert

## **Schriftführer(in)**

Leuker, Werner

**es fehlen entschuldigt:**

## **CDU**

Haget, Bernhard  
Spahn, Jens  
Ungruhe, Holger  
Wehres, Erika

## **SPD**

Lassak, Hans

## **FDP**

Beckers, Andreas

## Tagesordnung:

### **A. Öffentliche Sitzung**

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 24. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 06.02.2007
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes und Erlass der Haushaltssatzung 2007
- 4 Bauleitplanung
  - 4.1 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10 Teil 1 - Windhuk -;
    - a) Beschluss über die Stellungnahmen nach § 3 (2) BauGB
    - b) Satzungsbeschluss nach § 10 (1) BauGB
  - 4.2 Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 72 Teil 1 - Öddingstraße - Abschnitt 2.1 und 2.2;
    - a) Beschluss über die Stellungnahmen nach § 3 (2) BauGB
    - b) Satzungsbeschluss nach § 10 (1) BauGB
- 5 Verlagerung des Standortes der Nebenstelle der Hans-Christian-Andersen-Schule von Gronau nach Ahaus
- 6 Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien
  - Umweltausschuss
  - Landwirtschaftsausschuss
  - Sportausschuss
- 7 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 7.1 Inhalte des Umweltberichts (§ 2 (4) und § 2a BauGB)
  - 7.2 Beschluss eines Flächensparziels
  - 7.3 Erstellung eines Brachflächen- und Baulückenkatasters
  - 7.4 Autoeinbrüche auf dem städtischen Friedhofsparkplatz
  - 7.5 Maßnahmen zum Klimaschutz in der Stadt Ahaus

---

## A. Öffentliche Sitzung

---

### 1 Genehmigung der Niederschrift über die 24. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 06.02.2007

---

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift über die 24. öffentliche Sitzung des Rates am 06.02.2007 werden keine Einwendungen erhoben. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

### 2 Einwohner/innenfragestunde

---

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

### 3 Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes und Erlass der Haushaltssatzung 2007

---

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2007 ist durch den Kämmerer und Ersten Beigeordneten Althoff in der Ratssitzung am 6. Februar 2007 eingebracht worden. Die Etabrede mit den dazugehörigen Tabellen und Grafiken wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2007 mit den entsprechenden Anlagen liegt seit dem 12. Februar 2007 bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens im Rat öffentlich aus. Einwendungen, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung erhoben werden können, sind nicht eingegangen.

Bürgermeister Büter weist darauf hin, dass der Planentwurf in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. März 2007 ausführlich vorberaten worden sei. Mit der Niederschrift zu dieser Sitzung liegt allen Ratsmitgliedern das Beratungsergebnis mit den vorgeschlagenen Änderungen sowie einer entsprechenden Beschlussempfehlung an den Rat vor. Mit 10 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat die Annahme der Haushaltssatzung 2007 empfohlen.

Da der Haushalt 2007 im Haupt- und Finanzausschuss eingehend vorberaten worden ist, schlägt Bürgermeister Büter vor, auf eine seitenweise Beratung zu verzichten. Soweit sich jedoch noch Fragen, Anregungen oder Anträge ergeben, sollen diese erörtert werden. Mit dieser Vorgehensweise erklären sich die Ratsmitglieder einverstanden.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) beantragt, die Infrastrukturhilfe BZA im Haushalt 2007 und in den Folgejahren zweckgebunden für Investitionen im Straßen- und Wegebau einzusetzen. Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass dieser Betrag im NKF-Haushalt als Ertrag auszuweisen sei. Deshalb sei er im Budget 16.01 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ unter „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ veranschlagt worden. Eine Zweckbindung sei nicht möglich. Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zieht seinen Antrag zurück.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) bedankt sich bei der Verwaltung für die kurzfristige Übersendung der Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Erneuerung der Tankstellenanlage am Baubetriebshof und erklärt, dass seine Fraktion der im Haushalt vorgesehenen

Investition zustimmen werde. Ferner fragt er nach den Kosten der in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14. März 2007 von der SPD-Fraktion beantragten Ergänzungspflasterungen im Rahmen der Erneuerung der Fußgängerzone (Budget 12.01 – Maßnahme Nr. 1.0000.00005). Erster Beigeordneter Althoff führt aus, dass die Verwaltung entsprechende Preisanfragen eingeholt habe. Danach ergäben sich nachfolgende Kosten:

- Weiterführung der Pflasterung zwischen den beiden Rathausgebäuden bis zur Höhe des letzten Gebäudepfeilers 16.500 €
- Fortführung der Pflasterung am Fahrradständer des Rathauses bis zur Straße „An der Synagoge“ 1.600 €
- Komplette Pflasterung des Gehweges der zur Fußgängerzone gelegenen Wallstraße 40.000 €

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) erklärt, dass er den in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 14. März 2007 eingebrachten Antrag auf Durchführung aller hier genannten Ergänzungspflasterungen aufrecht erhalte. Die Finanzierung solle durch eine zusätzliche Kreditaufnahme erfolgen.

Für die CDU-Fraktion erläutert Fraktionsvorsitzender Vorkamp, dass sich seine Fraktion intensiv mit den Vorschlägen der SPD-Fraktion auseinander gesetzt habe und der Pflasterung des Gehweges der Wallstraße zustimmen werde. Allerdings lehne er eine zusätzliche Kreditaufnahme für diese Maßnahme ab. Vielmehr sollte die Entscheidung über den geplanten Bau einer neuen selbstreinigenden Toilettenanlage in der Fußgängerzone (Budget 01.10 – Maßnahme Nr. 1.0000.00013) zunächst zurückgestellt werden, bis nach Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung über eine Durchführung frühestens im Jahr 2008 entschieden werden könne. Die hier in 2007 eingesparten Haushaltsmittel könnten zur Finanzierung der Zusatzpflasterarbeiten eingesetzt werden. Er stelle daher für die CDU-Fraktion den Antrag, dass der Gehweg der Wallstraße gepflastert werde und die Kosten in Höhe von ca. 40.000 € durch einen Aufschub der Entscheidung über den Neubau einer selbstreinigenden Toilettenanlage bis 2008 gegenfinanziert würde.

Bürgermeister Büter lässt zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 6 Ja-Stimmen
- 28 Nein-Stimmen
- 3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt Bürgermeister Büter über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 21 Ja-Stimmen
- 6 Nein-Stimmen
- 10 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

Zum Abschluss der Haushaltsplanberatung tragen die Fraktionsvorsitzenden Vorkamp (CDU), Dönnebrink (SPD), Homann (UWG), Fraktionsmitglied Horst (FDP) sowie die Fraktionsvorsitzenden Haveloh (WGW) und Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) ihre Ausführungen zum Haushalt 2007 vor. Die Fraktionsvorsitzenden Vorkamp, Dönnebrink, Haveloh und Fraktionsmitglied Horst bekunden, dass ihre Fraktionen dem Haushalt 2007 zustimmen werden.

Anschließend lässt Bürgermeister Büter über die Haushaltssatzung 2007 abstimmen.

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 14. März 2007 sowie in der heutigen Sitzung des Rates beschlossenen Änderungen für das Jahr 2007 nachfolgende Haushaltssatzung einschließlich ihrer Anlagen:

### **Haushaltssatzung der Stadt Ahaus für das Haushaltsjahr 2007**

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV. NRW. S. 498), hat der Rat der Stadt Ahaus mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen.

#### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Ahaus voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	<b>64.148.055 €</b>
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<b>64.404.141 €</b>

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	<b>58.500.680 €</b>
---	---------------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	<b>55.642.919 €</b>
---	---------------------

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	<b>12.915.000 €</b>
---	---------------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt.	<b>18.250.450 €</b>
---	---------------------

#### **§ 2**

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf **4.000.000 €**

festgesetzt.

#### **§ 3**

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

**10.385.000 €**

festgesetzt.

#### **§ 4**

Die **Verringerung der Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf

**256.086 €**

festgesetzt.

#### **§ 5**

Der **Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung** in Anspruch genommen werden dürfen wird auf

**3.000.000 €**

festgesetzt.

## § 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt festgesetzt:

### 1. Grundsteuer

- |     |   |                 |
|-----|---|-----------------|
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe<br>(Grundsteuer A) auf | <b>192 v.H.</b> |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B)                                     | <b>381 v.H.</b> |

- |    |                         |                 |
|----|-------------------------|-----------------|
| 2. | <b>Gewerbsteuer</b> auf | <b>403 v.H.</b> |
|----|-------------------------|-----------------|

## § 7

(Haushaltssicherungskonzept) entfällt

## § 8

Die Zuständigkeit des Stadtkämmerers für die Genehmigung von **überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen** gemäß § 83 GO wird wie folgt festgelegt:

- |    |   |                           |
|----|---|---------------------------|
| 1. | im Einzelfall bis   | <b>15.000 €</b>           |
| 2. | bei Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, bis                   | <b>50.000 €</b>           |
| 3. | bei Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen sowie Aufwendungen die sich auf den Jahresabschluss beziehen, in | <b>unbegrenzter Höhe.</b> |

Bei Überschreitung der Beträge zu Nr. 1 und 2 ist die vorherige Zustimmung des Rates erforderlich.

Für die Genehmigung von **überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen** gemäß § 85 GO gilt diese Regelung entsprechend.

### Abstimmungsergebnis:

- 29 Ja-Stimmen
- 8 Nein-Stimmen

## 4 Bauleitplanung

---

- 4.1 **7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10 Teil 1 - Windhuk -;**  
**a) Beschluss über die Stellungnahmen nach § 3 (2) BauGB**  
**b) Satzungsbeschluss nach § 10 (1) BauGB**
- 

- a) Der Rat der Stadt fasst zu den Stellungnahmen nach § 3 (2) BauGB folgenden Beschluss:

**Lippert Außenwerbung**, Stellungnahme vom 2. Februar 2007

Der Anregung, auf die Einschränkung von Fremdwerbearbeiten in der vorgesehenen Form zu verzichten, wird nicht entsprochen.

**b) Satzungsbeschluss nach § 10 (1) BauGB**

(1) Auf Grund des § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie § 86 (4) der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 2000 (GVBl. S.256), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 4. Mai 2004 (GV. NRW. S. 259) i. V. m. §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), ), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498) wird die **7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10 – Windhuk** – als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird gebilligt.

(2) Der Beschluss über die 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10 – Windhuk – ist gem. § 10 (3) Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

35 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme

**4.2 Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 72 Teil 1 - Öddingstraße - Abschnitt 2.1 und 2.2;  
a) Beschluss über die Stellungnahmen nach § 3 (2) BauGB  
b) Satzungsbeschluss nach § 10 (1) BauGB**

---

Erster Beigeordneter Althoff macht deutlich, dass die Verwaltung nach wie vor an der ursprünglichen Planung des gesamten Plangebietes festhalte. Er berichtet weiterhin, dass die Geruchsgutachten mittlerweile angepasst worden seien. Die Bezirksregierung Münster hätte diese Änderungen anerkannt und ihre Bedenken aufgegeben. Von den ursprünglich 57 Baugrundstücken könnten bei Beschluss dieser Bebauungspläne kurzfristig 38 realisiert werden.

**a) Der Rat der Stadt fasst zu den Stellungnahmen nach § 3 (2) BauGB folgenden Beschluss:**

**Markus Ellerkamp**, Stellungnahme vom 12. Februar 2007

**Abschnittsbildung**

Der Anregung, die Planinhalte der Bebauungspläne Nr. 72 Teil 1 – Öddingstraße – Abschnitt 2.1 und 2.2 in einem Bebauungsplan zusammenzufassen, wird nicht entsprochen.

**Verkehrliche Erschließung der Betriebsstelle Ellerkamp**

An dem Zufahrtsverbot für die Öddingstraße entlang der nördlichen Straßenbegrenzungslinie wird in der vorgesehenen Form festgehalten.



### **Berücksichtigung von betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten**

Der Anregung, über die im Rahmen der Planung berücksichtigten Erweiterungsabsichten hinaus, weitere Entwicklungsmöglichkeiten des landwirtschaftlichen Betriebes zu berücksichtigen, wird nicht entsprochen.

#### **c) Satzungsbeschluss nach § 10 (1) BauGB**

(1) Auf Grund des § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie § 86 (4) der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 2000 (GVBl. S.256), zuletzt geändert durch Artikel 91 des Gesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 332) i. V. m. §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498) werden

1. der Bebauungsplan Nr. 72 Teil 1 – Öddingstraße – Abschnitt 2.1 und
  2. der Bebauungsplan Nr. 72 Teil 1 – Öddingstraße – Abschnitt 2.2
- als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird gebilligt.

(2) Aufgehoben werden:

1. der Bebauungsplan Nr. 72 Teil 1 – Öddingstraße – Abschnitt 2,
2. die örtlichen Bauvorschriften, die für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 72 Teil 1 – Öddingstraße – Abschnitt 2 gelten.

(3) Die Satzungsbeschlüsse sind gem. § 10 (3) Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Ratsherr Terstriep (CDU-Fraktion) hat gem. § 31 GO wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes teilgenommen.

#### **5 Verlagerung des Standortes der Nebenstelle der Hans-Christian-Andersen-Schule von Gronau nach Ahaus**

---

Ratsherr Große-Berg (CDU-Fraktion) erläutert, dass sich der Schul- und Kulturausschuss in seiner Sitzung am 5. März 2007 eingehend mit der beabsichtigten Verlegung der Hans-Christian-Andersen-Schule beschäftigt habe. Einstimmig sei der Ausschuss der Auffassung gewesen, dass die Schule sehr gut in das Gesamtbildungsangebot der Stadt Ahaus passe und befürworte daher die von Kreis Borken als Schulträger beabsichtigte Verlegung der Schule nach Ahaus.

Der Rat nimmt die seitens des Kreises Borken vorgesehene Verlagerung der Nebenstelle der Hans-Christian-Andersen-Schule von Gronau nach Ahaus zustimmend zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

### **6 Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien**

- **Umweltausschuss**
- **Landwirtschaftsausschuss**
- **Sportausschuss**

---

Der Rat beschließt auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende Ausschuss-umbesetzungen:

#### **Umweltausschuss:**

Frau Anke Eisele, Textilstraße 13, 48683 Ahaus als neues stellv. beratendes Mitglied für Herrn Markus Neumann, Winkelstraße 14, 48683 Ahaus

#### **Landwirtschaftsausschuss:**

Frau Anke Eisele, Textilstraße 13, 48683 Ahaus als neues beratendes Mitglied für Herrn Marcel Hörst, Windhuk 2, 48683 Ahaus

Herr Klaus Löhring, Adlerweg 25 A, 48683 Ahaus als neues stellv. beratendes Mitglied für Herrn

Markus Neumann, Winkelstraße 14, 48683 Ahaus

#### **Sportausschuss:**

Ratsmitglied Dietmar Eisele, Textilstraße 14, 48683 Ahaus als neues stellv. beratendes Mitglied für Herrn Hendrik Ostendorf, Ludgerusweg 2, 48683 Ahaus

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

### **7 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

---

#### **7.1 Inhalte des Umweltberichts (§ 2 (4) und § 2a BauGB)**

---

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bauleitpläne mit der Begründung in der für die Beschlussfassung in den politischen Gremien vorgesehenen Fassung zeitgleich mit dem Versand der jeweiligen Sitzungsunterlagen im Internet bereit zu stellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

#### **7.2 Beschluss eines Flächensparziels**

---

Fraktionsvorsitzender Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen könne. Er beantrage vielmehr folgen-

den Beschluss: „Die Stadt Ahaus verzichtet zur Zeit auf die Festlegung eines konkreten Flächensparziels. Bei künftigen Maßnahmen werden analog zum Flächensparziel der Bundesregierung entsprechende Flächensparziele beraten.“

Die übrigen Fraktionen sprechen sich dagegen übereinstimmend für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus und empfehlen eine generelle Beratung von möglichen Flächensparzielen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Ahaus.

Bürgermeister Büter lässt zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

2 Ja-Stimmen  
35 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend beschließt der Rat:

Von der Formulierung eines kommunalen Flächensparziels wird abgesehen. Die Verwaltung wird beauftragt, die eingeleitete Politik der städtebaulichen Innenentwicklung, insbesondere die Mobilisierung von Baulandreserven, fortzusetzen und zu verstärken.

**Abstimmungsergebnis:**

35 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen

---

### **7.3 Erstellung eines Brachflächen- und Baulückenkatasters**

Der Rat der Stadt beschließt:

Über die Erstellung eines kommunalen Baulandkatasters wird entschieden, wenn die Erhebung der Baulandreserven vorliegt, die im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans durchgeführt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

---

### **7.4 Autoeinbrüche auf dem städtischen Friedhofsparkplatz**

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

---

### **7.5 Maßnahmen zum Klimaschutz in der Stadt Ahaus**

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

---

Vorname, Name  
(Vorsitzender)

---

Vorname, Name  
(Schriftführer)